



Demokratische
Juristinnen und Juristen
Zürich

Einleitung

Aufgrund der Covid-19-Pandemie haben auch die DJZ ihre Veranstaltungen abgesagt, und so blieb keine Möglichkeit für einen persönlichen Austausch mit und unter den Mitgliedern. Wir möchten euch deshalb auf diesem Weg informieren, mit welchen Themen sich die DJZ seit dem 1. Januar 2020 und insbesondere während des Lockdowns beschäftigt haben.

Tätigkeiten der DJZ

Ausländerrechtliche Administrativhaft

Weil während des Lockdowns die Schengenaußengrenzen faktisch geschlossen wurden, gelangten die DJZ an das Migrationsamt des Kantons Zürich. Zum einen wurde verlangt, dass sämtliche sich per 19. März 2020 in ausländerrechtlicher Administrativhaft befindenden Personen von Amtes wegen zu entlassen seien, da die Wegweisung dieser Personen in ihre Herkunftsländer nicht oder nur sehr erschwert vollzogen werden könne. Zum anderen verlangten die DJZ die Bekanntgabe verschiedener Informationen, namentlich die Anzahl sich in ausländerrechtlicher Administrativhaft befindenden Personen. Das Migrationsamt kam dem Ersuchen der DJZ nur sehr vereinzelt nach, insbesondere sah es keine Veranlassung, Personen «unbesehen der individuellen Situation zu entlassen», während in anderen Kantonen alle oder die meisten Personen

entlassen wurden. Mittlerweile rügte das Bundesgericht in einigen Fällen (so bspw. in Urteil 2C_386/2020 vom 9. Juni 2020, Urteil 2C_414/2020 vom 12. Juni 2020 oder Urteil 2C_512/2020 vom 15. Juli 2020) die «Zürcher Praxis»: In diesen Fällen ordnete das Bundesgericht die sofortige Haftentlassung an, da eine Ausschaffung während der Covid-19-Pandemie nicht absehbar sei.

Weil das Migrationsamt zudem auch das Gesuch der DJZ um Zugang zu den verlangten Informationen nicht oder nur unter Verletzung der 30-tägigen Frist von § 28 Abs. 1 IDG behandelte, reichten die DJZ bei der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich eine Rechtsverweigerungs- bzw. Rechtsverzögerungsbeschwerde ein.

Daraufhin wies das Migrationsamt das Informationszugangsgesuch wiedererwägungsweise begründet ab. Gegen diese Verfügung des Migrationsamtes haben die DJZ Rekurs eingelegt, welcher zurzeit noch hängig ist.

Vorgehen der Stadtpolizei Zürich am 1. Mai 2020

Das Vorgehen der Stadtpolizei Zürich am 1. Mai 2020 erachten die DJZ in mehrfacher Hinsicht als äusserst problematisch: So wurden Plakate abgehängt, Leute festgenommen, die gemäss Medienmitteilung der Stadtpolizei bloss «Demonstrationsmaterial» bei sich getragen haben, und auch Demonstrationen in Kleinstgruppen unter 5 Personen unterbunden. Die DJZ gelangten deshalb mit zwei Schreiben an Stadträtin Karin Rykart. Darin verlangten die DJZ Auskunft darüber, inwiefern das Herumtragen von Demonstrationsmaterial eine Verhaftung rechtfertige und wie sich das

Verhalten der Stadtpolizei Zürich am 1. Mai 2020 im Allgemeinen und die Verhaftungen im Besonderen mit Art. 10 Abs. 2, Art. 16 und Art. 22 BV vereinbaren liessen. Zudem wurde um Zustellung der sogenannten «Handlungsrichtlinien» ersucht, welche festlegten, wie die Stadtpolizei Zürich mit Demonstrationen, Kundgebungen und politischen Meinungsäusserungen während der damaligen Lage umzugehen hatte. Mittlerweile haben die DJZ die damals geltenden «Handlungsrichtlinien» erhalten, welche auf ihre Grundrechtskonformität geprüft werden.

Ausländerrechtliche Zwangsmassnahmen

Die DJZ bearbeiten seit einiger Zeit und unabhängig von der Covid-19-Pandemie das Thema der ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen. Nach Ansicht der DJZ bestehen u.a. im Bereich der Bestellung von unentgeltlichen Rechtsvertreter*innen erhebliche Qualitätsprobleme, die es schnellstmöglich zu beheben gilt.

Veranstaltungen

Restaurative Justiz

Im Januar 2020 fand eine Veranstaltung zur Restaurativen Justiz statt, welche auf einen aktiven Austausch zwischen Täter*innen, Opfern und der Gesellschaft setzt, mit dem Ziel, die durch eine Straftat zerbrochenen Beziehungen wiederherzustellen, um den Opfern das Verarbeiten des Erlebten, den Täter*innen die Wiedereingliederung in die Gesellschaft und der Gesellschaft die Stärkung der öffentlichen Sicherheit zu ermöglichen.

Über die Vor- und Nachteile sowie die Machbarkeit des Projekts diskutierten – teilweise auch hitzig mit dem Publikum – Rechtsanwalt Dr. Marco Mona, der ehemalige Gefängnisleiter Werner Burkhard sowie Prof. Jérôme Endrass.

Infoveranstaltung zur Anwaltsprüfung

Ebenfalls im Januar 2020 fand die alljährliche Infoveranstaltung zur Anwaltsprüfung statt, welche die DJZ mit dem Zürcher Auditoren und Gerichtsschreiber Verein (ZAG) organisierten.

DJS-News

Jahresversammlung in Zürich

Am Samstag, 22. August 2020 wird die Jahresversammlung der DJS im Volkshaus in Zürich stattfinden. Weitere Informationen findet ihr in der separaten Einladung, die bereits an alle Mitglieder verschickt wurde.

Strafanzeige gegen die Verantwortlichen der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich, des kantonalen Sozialamts und der ORS Service AG

Während der Bundesrat die Bevölkerung dazu anhielt, aufgrund der Covid-19-Pandemie Abstand zu halten und weitere Massnahmen zu befolgen, um Ansteckungen zu vermeiden, lebten die Menschen in den Asylzentren weiterhin unter unwürdigen Bedingungen und auf engstem Raum. Wie auch diversen Medienberichten zu entnehmen war, herrschten dort während des Lockdowns aufgrund der Pandemie Bedingungen, die es verunmöglichten, die Empfehlungen und

Vorgaben des BAG zu befolgen. Solidarité sans frontières (Sosf), die Demokratischen Jurist_innen Schweiz und verschiedene Geschädigte, die in den Notunterkünften des Kantons Zürich untergebracht sind, haben deswegen eine Strafanzeige eingereicht. Diese richtet sich gegen die verantwortlichen Personen der Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich, des kantonalen Sozialamts und der ORS Service AG, die für die Führung und Organisation der Zentren des Kantons Zürich verantwortlich sind. Die DJZ haben die Ausarbeitung der Strafanzeige mit Fr. 2'000.00 unterstützt.

Bereits einen Tag nach der Einreichung der Strafanzeige reagierte die Sicherheitsdirektion mit einer Medienmitteilung: Den Anzeige erstattenden Organisationen sowie den weiteren Klägerinnen und Klägern wurde darin ein «Missbrauch des Strafrechts für politische Zwecke» vorgeworfen. In einer am 11. Juni 2020 folgenden Medienkonferenz wurden die von Sosf und DJS beanzeigten gesundheitsgefährdenden Zustände in den Zürcher Nothilfeunterkünften als «fake news» bezeichnet.

Gegen diese Versuche Fehrs, mithilfe seines Departementsapparats Stimmung gegen die Klägerinnen und Kläger zu machen, reagierten Letztere mit einer Aufsichtsbeschwerde. Diese ist noch hängig.

Ausblick

Jahresversammlung und «Sommer»essen im Oktober

Der DJZ-Vorstand plant, das alljährliche Sommeressen sowie die Jahresversammlung der DJZ am gleichen Abend

Ende Oktober durchzuführen. Wir werden euch informieren, sobald wir das Datum festgelegt haben.

Engagement

Der DJZ Vorstand freut sich immer über Inputs, Tipps, Vorschläge, Ideen und Kritik von Mitgliedern – ein Verein wie die DJZ lebt von freiwilligem Engagement. Wenn ihr euch irgendwie einbringen wollt, schreibt ein E-Mail an info@djz.ch oder meldet euch bei einem der Vorstandsmitglieder.

Wir wünschen euch allen weiterhin einen schönen Sommer!

Herzliche Grüsse



Raphael Moos, Geschäftsführer DJZ